

KANTONALES SPARPROGRAMM

Keine Zukunft für den Aargau?

Die Bürgerlichen haben im Kanton Aargau ihren neoliberalen Traum wahrgemacht: Sie haben über Jahre Steuern für die Gutverdienenden und für die Wirtschaft gesenkt und nehmen jetzt die Finanzknappheit zum Vorwand, um Leistungen des Staates abzubauen. Darunter leiden natürlich nicht die Empfänger der Steuergeschenke, sondern wir alle.

Um diese dreiste Umverteilung von unten nach oben der Bevölkerung schmackhaft zu machen, brauchte es viele Lügen. Die jüngste ist ein Jahr alt: Zur Steuer-senkungsrunde im Jahr 2012 sagte Finanzdirektor Brogli kühn, dass sie für den Kanton ohne Spar-massnahmen verkraftbar sei.

Leistungs-Kahlschlag

Ein Hohn, wenn man sieht, welch konzeptlosen Leistungskahlschlag jetzt die Regierung präsentiert und die bürgerliche Mehrheit abnickt: fatale Kürzungen bei der Bildung, im Sozialbereich, bei der Gesundheit, aber auch im Umweltschutz und in der Kultur. Einige Massnahmen setzte der Regierungsrat undemokratisch und in eigener Regie ins Budget und in den Finanzplan. In der Parlamentsberatung, bei Redaktionsschluss noch in Gang, wehrte sich die SP-Frak-

tion gegen die Sparauswüchse – vielfach leider vergebens.

Massnahmen treffen alle

Einmal mehr spüren die Schülerinnen und Schüler die Sparwut: Die Qualität des Unterrichts wird sich nicht nur wegen ausgedünnter Freifächer verschlechtern, sondern auch, weil zukünftig Schulen mit schwierigen Verhältnissen weniger Zusatzlektionen erhalten und Lehrpersonen auf weniger Krisenassistenzen zählen können. Die Krankenkassenprämien-Verbilligung, bei den Bürgerlichen sowieso verhasst, soll noch mehr reduziert werden. Betroffen von diesem Abbau sind vor allem wenig Verdienende, Familien mit Kindern und Alleinerziehende. Zudem verzichtet der Kanton freiwillig auf private Investitionen, indem er das Energieförderprogramm kürzt. Nicht beziffern

lassen sich die Auswirkungen der Kürzungen im Kulturbereich. Sie passen zu einem Kanton, der unbedingt kleinbürgerlich und mittelmässig bleiben will. Und wie um zu demonstrieren, wie schlecht es unserem Kanton geht, drückte der Grosse Rat bei den Löhnen des Staatspersonals und der Lehrpersonen für 2014 gleich noch eine Nullrunde durch...

Gegensteuer ist möglich

Ebenfalls erfolglos wehrte sich die SP-Fraktion gegen die weitergehenden Kürzungen von bis zu jeweils 120 Millionen Franken in den Jahren 2015–2017, die die Regierung mit der sogenannten «Leistungsanalyse», wie sie das Sparprogramm nennt, realisieren will. Einige gewichtige Massnahmen aus diesem Paket wie die Abschaffung der Einschulungsklassen sowie des Werk- und Berufswahljahrs bedingen aber Gesetzesänderungen. Über diese wird der Grosse Rat im nächsten Jahr beraten – und in der Folge kann das Referendum dagegen ergriffen werden.

Dann können wir alle das tun, was die SP mit ihrer schwachen Vertretung im bürgerlich dominierten Parlament nicht schafft: Wir können der Regierung klar machen, dass der Aargau nicht nur ein Ausgaben-Posten ist, sondern dass es da auch noch eine Bevölkerung gibt, die Anrecht hat auf eine Zukunft!



Dieter Egli von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion.

EDITORIAL

falsch + unnötig = weg damit

Da wäre nun das Sparpaket. Als wir uns gegen die Steuergeschenken der letzten Jahre wehrten und vor verheerenden Auswirkungen warnten, wurde uns Schwarzmalerei und Realitätsverlust vorgeworfen. Nun zeigt sich: Wir lagen richtig mit der Vorhersage.

Denn jetzt muss man leider umge-

hend anscheinend so «vernünftige» Dinge durchziehen wie die Abschaffung der Einschulungsklassen (einer von vielen Angriffen auf die Regel- respektive Volksschule), die «Optimierung» der Krankenkassenprämien-Verbilligungen (schlägt voll auf den Mittelstand durch) und die raschere Senkung der Baserate* in den Spitälern (viel Spass bei künftigen Spitalaufenthalten). Und in der mickrigen Energiewendepolitik des Kantons wird nochmals kräftig weggespart. Und einiges mehr.

Die Herleitung der Argumentationslinie für das als «Leistungsanalyse» schön geschriebene Sparpaket ist speziell: Wir haben gar kein Einnahmenproblem (selbstverschuldete Steuerausfälle), sondern ein Ausgabenproblem (massloses Wachstum). Unterschiedlichste Zahlen und Prozentwerte werden aneinander gereiht und wiederholt. Weist die SP auf offensichtliche Ungeheimheiten und bereits bestehende versteckte Sparmassnahmen hin, werden bei der Gegenseite starke Emotionen spür- und hörbar. Man fühlt sich offenbar ertappt oder erwischt. Was auch stimmt. Also: falsche Massnahmen + unnötiges Sparpaket + dabei erwischt = retour an den Absender.

*Baserate: «Die Baserate bezeichnet den Betrag, der im DRG-System für einen Behandlungsfall bezahlt wird... Der Basispreis wird durch die Tarifpartner (Versicherer und Leistungserbringer) festgelegt.» (Swiss DRG AG)

Marco Hardmeier von Aarau ist Präsident der SP Aargau und Grossrat.



KOMMENTAR

Löhne schützen, nicht Grenzen schliessen!

Die Volksinitiative der SVP «Gegen Masseneinwanderung», die am 9. Februar 2014 zur Abstimmung kommt, will wieder zurück zu einem Kontingent-System, wie wir es im letzten Jahrhundert kannten. Sie verlangt zudem explizit, dass die Personenfreizügigkeit mit der EU gekündigt und neu ausgehandelt wird. Letzteres ist chancenlos und würde zudem alle bilateralen Verträge mit der EU in Frage stellen.

Die SVP gaukelt ihrer eigenen Basis und allen Stimmberechtigten mit ihrer Initiative vor, so die Zuwanderung bremsen zu können. Alle Erfahrungen mit dem Kontingent-System im letzten Jahrhundert zeigen aber, dass dieses in wirtschaftlich normalen bis guten Zeiten wie heute nicht zu weniger Zuwanderung führt, sondern dass sich die Zuwanderung allein nach den Bedürfnissen der Wirtschaft richten würde. Die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft kann ohne die zuwandernden Arbeitnehmenden gar nicht funktionieren: Kein Haus könnte mehr gebaut, keine Patientin mehr gepflegt werden.

Die wirkliche Absicht der Chefstrategen der SVP mit dieser Initiative ist denn auch, wieder eine rechtlose und damit billige Manövriermasse für den Arbeitsmarkt nach ihrem Gusto zu schaffen.

Mit der Abschaffung der Personenfreizügigkeit würde einerseits der rechtliche Status der zuwandernden Arbeitnehmenden massiv verschlechtert und andererseits würden die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Schweizer Löhne vor Lohndumping hinfällig.

Bei allen noch notwendigen Verbesserungen der flankierenden Massnahmen sind diese doch ein gewaltiger Schritt vorwärts zum Schutz der Schweizer Löhne und damit auch der Löhne der SchweizerInnen. Darum am 9. Februar: Nein zur Masseneinwanderungsinitiative!

Kurt Emmenegger ist Regio-Chef der Unia, Präsident des Aargauischen Gewerkschaftsbunds und SP-Grossrat.



GEMEINDEWAHLEN 2013

Unsere Gemeinderätin

In den Gemeinderatswahlen von diesem Jahr konnten sich etliche SozialdemokratInnen durchsetzen. Nicht alle aber schafften es auch in das Präsidium oder das Vizepräsidium. In den Gemeindeparlamenten gab es kleine Verschiebungen nach oben wie nach unten.

Bezirk Aarau

Die historische Wahl von **Jolanda Urech** als Stadtpräsidentin von Aarau haben wir bereits im September gemeldet. Ebenfalls in den Stadtrat gewählt wurde **Franziska Graf-Bruppacher**. Im Einwohnerrat wurde die SP mit einem Sitzgewinn auf 12 von 50 Sitzen stärkste Fraktion.

In **Buchs** ist die SP nicht mehr im Gemeinderat und im Einwohnerrat nur noch mit 6 Sitzen (-2) vertreten. In **Küttigen** wurde **Tobias Leuthard** als Gemeinderat bestätigt.

In **Oberentfelden** schaffte **Petra Huckele** neu die Wahl in den Gemeinderat, nachdem der langjährige SP-Gemeindeammann Ruedi Berger nicht mehr kandidiert hatte.

Heinz Lüscher wurde in **Unterentfelden** gut als Gemeindeammann bestätigt.

Bezirk Baden

In der Stadt **Baden** konnte die SP ihre beiden Sitze mit der Bisherigen **Daniela Berger** und der neu gewählten **Regula Dell'Anno-Doppler** halten. Im Stadtrat gibt es neu eine linke Mehrheit (2 SP, 2 team baden bzw. Grüne). Im Einwohnerrat hält die SP 9 von 50 Sitzen; die Mehrheit

bleibt mit 9 team baden, 3 Grünen, 2 GLP, 1 EVP, 10 FDP, je 8 CVP und SVP bürgerlich. Nach dem Rücktritt von Vizeammann Daniela Oehrli geht dieses Amt an die CVP.

In **Wettingen** wurden **Yvonne Feri** wieder- und **Markus Maibach** neu gewählt, Yvonne Feri leider nicht als Vizeammann. Im Einwohnerrat konnte die SP einen Sitz auf 9 (von 50) zulegen. In **Obersiggenthal** bleibt **Marie-Louise Nussbaumer** Gemeinderätin, die Wahl zur Gemeindepräsidentin hat sie aber leider verpasst. 7 von 40 Sitzen hält die SP im Einwohnerrat.

Bezirk Bremgarten

Arsène Perroud wurde in **Wohlen** gut wiedergewählt. Mit 4 von 40 Sitzen hat die SP im Einwohnerrat einen Sitz verloren. In **Berikon** bleibt **Rosmarie Groux** Gemeinderätin und Vizeamtsfrau, einen neuen zweiten SP-Sitz hat **Stephan Haag** geschafft. In **Zufikon** wurde **Doris Rüttimann** wiedergewählt.

Bezirk Brugg

Wieder in den Stadtrat und neu als Vizestadtpräsidentin wurden in **Brugg** **Andrea Metzler**, neu in den Stadtrat **Willi Däpp** gewählt. Der



Die Stadt Brugg und Ständerätin Pascale Bruderer Wyss laden ein zum

**4. Apéro fédéral – REGIONAL!**

am Samstag, 14. Dezember 2013, um 10.30 Uhr im Salzhaus Brugg

Der Anlass wird für Gehörlose in Gebärdensprache übersetzt.

Pascale Bruderer Wyss berichtet von den Entscheidungen, Ereignissen und Erlebnissen während der Session und freut sich auf einen regen Austausch zu politischen Aktualitäten.

Stadtammann Daniel Moser hält ein Grusswort und lädt im Anschluss an die Veranstaltung zum Apéro, offeriert von der Stadt Brugg.

Alle Interessierten sind herzlich willkommen!



nen und Gemeinderäte

neue SP-Sitz wurde nach dem Rücktritt des Grünen Christoph Brun errungen. Die SP hat im Einwohnerrat mit 9 Sitzen (von 50) den vor vier Jahren verlorenen Sitz zurückgeholt.

In **Windisch** wurde **Rosi Magon** wieder in den Gemeinderat und neu als Vizegemeindepräsidentin gewählt, neu kommt für den zurückgetretenen Karsten Bugmann **Christoph Haefeli** in die Exekutive. Im Einwohnerrat konnte die SP ihre 14 (von 40) Sitzen halten.

Bezirk Kulm

In **Menziken** wurde Grossrat **Alfred Merz** als Vizeammann wiedergewählt und in **Unterkulm** **Manuela Basso** als Gemeinderätin. **Ruedi Lanz** wurde in **Reinach** wieder in den Gemeinderat gewählt. Als Gemeinderätin in **Beinwil am See** wurde **Jacqueline Widmer** bestätigt.

Bezirk Laufenburg

In **Frick** wurden neu **Gunthard Niederbäumer** und in **Kaisten** **Willi Burkhalter** neu in den Gemeinderat gewählt.

Bezirk Lenzburg

In **Lenzburg** wurde **Daniel Mosimann** nach einem Jahr als Stadtammann bestätigt. Im Einwohnerrat konnte die SP einen Sitz dazugewinnen und hat nun 9 von 40 Sitzen. In **Niederlenz** wurden **Gabi Lauper-Richner** und **Jürg Link** in der Gemeinderatswahl bestätigt und Jürg Link neu als Gemeindeammann

gewählt. **Sabina Vögtli** und **Herbert Flück** wurden in **Hendschiken** in den Gemeinderat wiedergewählt, ebenso in **Schafisheim** **Kurt Metry**, in **Seengen** **Gianni Asquini**, in **Staufen** **Emanuele Soldati** und neu in **Seon** **Edwin Rohr** und in **Möriken-Wildegg** **Markus Eichenberger**.

Bezirk Muri

In **Muri** wurde **Christine Brun** als Gemeinderätin bestätigt.

Bezirk Rheinfelden

In **Rheinfelden** wurde **Brigitte Rüedin** als Vizeammann bestätigt. Claudia Rohrer schaffte leider die Nachfolge von Oliver Tschudin nicht. In **Kaiseraugst** wurden **Heinz Hassler** und **Markus Zumbach** wieder gewählt, in **Magden Urs Manser** und in **Stein** **Hansjörg Güntert**. Neuer SP-Gemeinderat in **Möhlin** ist **Markus Fäs**.

Bezirk Zofingen

In **Zofingen** wurden neu **Rahela Syed** in den Stadtrat und der Bisherige **Hans-Martin Plüss** als Vizeammann gewählt. Die SP bleibt mit 12 von 40 Sitzen stärkste Fraktion im Einwohnerrat. In **Oftringen** wurde **Markus Steiner** neu mit einem Bestresultat und in **Strengelbach** **Marco Hauri** in den Gemeinderat gewählt. In **Aarburg** wurden **Rolf Waiser**, in **Kölliken** **Steven Schneider**, in **Murgenthal** **Andrea Combetaldi-Storz** in den Gemeinderat, in **Vordemwald** **Max Moor** in den Gemeinderat und als Vizeammann wiedergewählt.

Bezirk Zurzach

Im neuen **Endingen/Unterendingen** wurde **Felix Spuler**, bisher Gemeinderat in Endingen, wiedergewählt. Neu kommt in **Lengnau** **Marcel Elsässer** in den Gemeinderat.

Die SP Aargau dankt allen Gewählten für ihren Einsatz zum Wohl der Bevölkerung und wünscht ihnen viel Erfolg und eine glückliche Hand in ihrem Amt.

Resultate gemäss Mitteilungen aus den Bezirken und eigenen Recherchen. Mitteilungen und Ergänzungen bitte an [katkerr\(at\)katkerr.ch](mailto:katkerr(at)katkerr.ch) und an das Parteisekretariat.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.



KOMMENTAR

Keine Rückschritte beim Schwangerschaftsabbruch!

Am 2. Juni 2002 wurde die Fristenregelung mit 72 Prozent Ja klar angenommen.



Die Finanzierung über die Grundversicherung war integraler Bestandteil der Vorlage. Versteckt hinter finanzpolitischen Argumenten wollen nun ultrakonservative Kreise dieses klare Volksverdict

in Frage stellen, indem sie die Finanzierung des Schwangerschaftsabbruchs über die Krankenkasse abschaffen wollen.

Der von der Initiative geforderte Wegfall des Versicherungsschutzes würde zu überhöhten Preisen führen, wie vor 1981, als der Schwangerschaftsabbruch noch keine Pflichtleistung war. Betroffen wären vor allem mittellose Frauen. Der Einsatz von fragwürdigen und gefährlichen Abtreibungsmethoden wäre die Folge. Die Behandlung der Komplikationen aus verpfuschten Schwangerschaftsabbrüchen und die Geburt von unerwünschten Kindern sowie deren Folgekosten würden finanzpolitisch die Krankenversicherung und die Gesellschaft teurer zu stehen kommen als die bestehende Finanzierung. Ganz zu schweigen von der Missachtung der Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper. Zudem ist jede ungewollte Schwangerschaft eine Gefährdung der körperlichen, seelischen und sozialen Gesundheit der Schwangeren. Die InitiantInnen wollen nicht an eine Leistung zahlen, die sie moralisch ablehnen. Damit kündigen sie das Solidaritätsprinzip der Grundversicherung auf. Ich wehre mich gegen diesen unsäglichen Rückschritt und stimme deshalb am 9. Februar 2014 mit voller Überzeugung NEIN. Für die Solidarität in unserer Gesellschaft, für die freie Wahl aller Frauen und für die Gleichstellung der Geschlechter, die auch Männer Verantwortung übernehmen lässt.

Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Gemeinderätin und Nationalrätin.

EINLADUNG ZUM ERSTEN PARTEITAG IM NEUEN JAHR

am 7. Januar 2014, 19.30 Uhr
im Restaurant Rathausgarten in Aarau

Neben der Parolenfassung für die eidgenössischen Abstimmungen vom Februar und der Verabschiedung des Budgets 2014 haben wir prominente Redner_innen im Programm:
Parteipräsident Marco Hardmeier
Ständerätin Pascale Bruderer Wyss
Regierungsrat Urs Hofmann

Wir freuen uns, wenn viele von euch dabei sind!

Geschäftsleitung SP Kanton Aargau

FINANZIERUNG AUSBAU BAHNINFRASTRUKTUR (FABI)

Für eine nachhaltige Mobilität

FABI ist der direkte Gegenentwurf des Bundesrats zur Initiative «Für den öffentlichen Verkehr» des Verkehrsclubs der Schweiz (VCS) sowie weiterer Organisationen. Diese Initiative wurde im Sommer 2013 zurückgezogen. Am 9. Februar 2014 wird nun über die Finanzierung Ausbau Bahninfrastruktur (FABI) abgestimmt.

Immer mehr Menschen benutzen in der Freizeit oder für ihren Arbeitsweg den öffentlichen Verkehr. Dies führt zu Engpässen, die einen gezielten Ausbau nötig machen. FABI sorgt für mehr Platz und Verbindungen im Zugverkehr und für gesicherte Kapazitäten im Güterverkehr.

Als Ziel sollen alle Regionen bessere ÖV-Verbindungen erhalten. Auf überlasteten Linien wird das Angebot für Pendlerinnen und Pendler verbessert. Dadurch wird der ÖV eine noch stärkere Alternative zum Auto. Das Schienennetz soll gut unterhalten, die Sicherheit verbessert und Einschränkungen sollen reduziert werden. Investitionen in den ÖV schaffen Arbeitsplätze in der Schweiz, beim Bau und Unterhalt von Infrastruktur und Rollmaterial wie auch beim Betrieb.

Der Ausbau soll in zwei Schritten erfolgen. Der erste Ausbauschnitt umfasst Projekte im Umfang von 6,4 Milliarden Franken und bringt Verbesserungen innerhalb der Ballungsräume und im Agglomerationsverkehr des schweizerischen Städtenetzes sowie im nationalen Güterverkehr. Ebenso sind Massnahmen für die bessere Erschliessung des Alpenraums und der Tourismusregionen

vorgesehen. Auf der Ost-West-Achse soll die Voraussetzung für weitere Ausbauschnitte für mehr Kapazität geschaffen werden. Die Bahnknotenpunkte Basel, Genf und Lausanne sollen ausgebaut werden. Für den Aargau sind zwei wichtige Projekte geplant:

Der Ausbau auf der Strecke Aarau-Zürich-Winterthur soll für Aarau eine Verbesserung im Fern- und Nahverkehr bringen. Und mit der Verbindungslinie Birr-Mägenwil (inklusive Erweiterung Bahnhof Mägenwil) werden die

Voraussetzung geschaffen, um die Bedürfnisse des Nahverkehrs und der Güterzüge besser aufeinander abstimmen zu können. Die Vorlage zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur FABI ist koordiniert mit der Raumordnungspolitik gemäss Raumkonzept Schweiz.

Die Mobilität wächst. Der öffentliche Verkehr bündelt die Mobilität und beansprucht deshalb weniger Raum. Der öffentliche Verkehr verbraucht weniger Energie und stösst weniger CO₂ aus als der Individualverkehr. Ein Ja zu FABI ist ein Ja zur Nachhaltigkeit.



Jürg Cafilisch von Baden ist SP-Grossrat und Präsident des VCS Aargau.

20. Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Donnerstag 19. Dezember 2013
19.30 bis 21.00 Uhr

Suppenbar souperbe
5200 Brugg

Bericht von der Wintersession

mit offerierter Suppe

Es lädt ein:
SP Bezirk Brugg

AGENDA

17. Dezember 2013,
14. und 28. Januar 2014
**Geschäftsleitungssitzung #
der SP Aargau.**
Jeweils 17.30 Uhr im Volkshaus
Aarau, Bachstrasse 43

14. Dezember 2013, 10.30 Uhr
**Apéro fédéral mit Pascale
Bruderer Wyss** (siehe Seite 10)

19. Dezember 2013
**Berner Suppe à la Nationalrat
Max Chopard.**
(siehe separate Anzeige)

7. Januar 2014
ao. Parteitag (siehe Seite 11)

17. caféCantonal



**SAMSTAG, 22. FEBR. 2014
10.00 BIS 12.00 UHR**

**AULA MEHRZWECKANLAGE
„HIRSCHMATT“
(HAUPTSTRASSE BEIM GEMEINDEHAUS)**

HIRSCHTHAL

MENU

TOUR D'HORIZON
DURCH DIE AARGAUER POLITIK

SERVIERT VON
REGIERUNGSRAT URS HOFMANN

Alle sind zum 17. CaféCantonal und
zum anschliessenden Apéro eingeladen.



IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43
Postfach, 5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
sekretariat(at)sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3066 Expl.

Redaktion: Katharina Kerr
katkerr(at)katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe
25. November 2013
Redaktionsschluss nächste Ausgabe
6. Januar 2014

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Jürg Cafilisch, Dieter Egli, Kurt Emmen-
egger, Yvonne Feri, Marco Hardmeier,
Katharina Kerr.

PAROLEN FÜR DIE ABSTIMMUNG VOM 9. FEBRUAR 2014

(Empfehlungen der Geschäftsleitung z. H. Parteitag vom 7. Januar 2014)

- Bundesbeschluss vom 20. Juni 2013 über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr») **Ja**
- Volksinitiative vom 4. Juli 2011 «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache – Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung» **Nein**
- Volksinitiative vom 14. Februar 2012 «Gegen Masseneinwanderung» **Nein**